

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Target-Forderungen besichern und Gold zukaufen



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de

 [/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)

(Fortsetzung der letzten Ausgabe)

Das gehört eindeutig zur parlamentarischen Hoheit über Einnahmen und Ausgaben, welche unveräußerliches Souveränitätsrecht aller Parlamente ist!

Die Zitate stammen übrigens vom „Wirtschaftsrat der CDU“! Die CDU solch leistet sich ein solches scheinbar bürgernahes Marketing-Gremium, das manchmal die Wahrheit sagen darf – das aber in der politischen Praxis keinerlei Einfluss hat.

Die AfD-Anträge sehen mit der BESICHERUNG der Target-Forderungen und implizit damit auch wieder einer positiven VERZINSUNG EINE Lösung vor. Es gäbe daneben WEITERE denkbare Varianten zur Reduzierung des Targetsaldos: Zum Beispiel einen Mittelmeerfonds, gespeist aus deutschen Krediten; oder ein großes Investitionsprogramm zur Sanierung deutscher Schulen und Straßen, welches aber operativ durch Firmen aus EUR-Schuldnerländern durchgeführt werden müsste. Das wäre zwar keynesianisch-schuldentreibend – es wür-

de aber den sonst WERTLOSEN Targetsaldo der Bundesbank einer guten Verwendung zuführen. Das wäre eigentlich sogar etwas für LINKE Parteien, die doch sonst immer gerne Kredite einsetzen...

Manche sagen: „Die USA haben doch AUCH ein Target-System“. Korrekt – aber die EZB hat 1999 eine SCHLECHTE Kopie dieses Fed-Wire-Systems geschaffen: Den praktisch UNBEGRENZTEN Risikotransfer, der in Target eingebaut ist, gibt es bei Fed-Wire nicht: Die Regionalbanken des Fed-Systems müssen jährlich ihre Defizite mit realen Vermögenswerten ausgleichen; formell sogar mit Gold! Und so kommt es im US-Target-System niemals zu so absurden Verwerfungen wie im EZB-Target-System! Auch Goldkäufe wären deswegen ein guter Weg: Für 941 Milliarden Euro bekämen wir derzeit 25.000 Tonnen Gold – oder fast acht Mal das offizielle Staatsgold der Bundesbank! Gold ist eben doch kein barbarisches Relikt!



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



Der deutsche Wald brennt!



In den vergangenen Wochen opferten um den kleinen Ort Lübbtheen in Mecklenburg Vorpommern 3000 Feuerkämpfer ihre Kraft und alle vorhandenen Mittel zur Bewahrung ihres Waldes und dem Schutz der Bewohner. Allein in Brandenburg wüteten in diesem Jahr bereits mehr als 270 Waldbrände.

Doch es mangelt an passender Ausrüstung in den Wehren, richtigem Training und einer bundesweiten Strategie zur Brandbekämpfung. Es fehlt an geländegängigen Fahrzeugen und leichter Schutzkleidung, mit der Feuerwehrleute bei hohen Außentemperaturen über längere Zeit eingesetzt werden können.

Zur Unterstützung kam wieder die Bundeswehr mit ihren Hubschraubern zur Hilfe, wie vor einigen Monaten bei uns in Bayern, bei der Bewältigung des 2-Meter-Schneechaos. Nun helfen Sie in Mecklenburg Vorpommern und wir sind dankbar, dass wir diesmal von Waldbränden weitgehend verschont geblieben sind.

In unseren Wäldern können wir aufgrund der anhaltenden Trockenheit dennoch immer noch nicht aufatmen. Im Arbeitskreis für Landwirtschaft arbeiten wir mit Hochdruck an einem gemeinsamen Forstlichen Leitbild. Dazu laden wir in der nächsten Zeit die Forstpolitischen Sprecher aller Länder

ein, um es noch einmal endgültig abzustimmen und einen gemeinsam vertretbaren Weg für unsere Fraktion zu finden. Natürlich wollen wir einen angepassten Waldumbau, schließen die Verwendung von Fremdländischen Baumarten (Küstentanne, Douglasie, Roteiche, Robinie) nicht aus.

Die bessere Betreuung unserer Kleinprivatwaldbesitzer liegt mir besonders am Herzen. Ihnen muss bei der Bewältigung des Schadholzanfalls (Käfer- und Sturmholz), der Holzabfuhr und bei der Wiederaufforstung unbedingt fachlich und praktikabel geholfen werden.

Es ist nur zu begrüßen, wenn durch die verstärkte Verwendung von einheimischem Holz im städtischen Wohnungsbau tatsächlich relativ schnell bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann und wenn der gesamte Cluster „Forst und Holz“ auf diese Weise neue Impulse erhält. Denn gerade für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist die Entwicklung der natürlichen Ressourcen von zentraler Bedeutung.

In diesem Sinne lasst uns für die nächsten Generationen Bäume pflanzen!

Euer Peter Felser

Merkel setzt sich aktiv für das Endziel weltweite CO2-Steuer ein!



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

Aus einer von mir eingereichten schriftlichen Frage an die Bundesregierung geht hervor, dass sich die Regierung – ähnlich wie beim Migrationspakt – auf internationaler Ebene aktiv für die Stärkung und Ausweitung von CO2-Preissystemen auf weitere Länder und Sektoren einsetzt. Die Bundesregierung verschließt sich dabei explizit nicht der Forderung des IWF, eine weltweite CO2-Steuer einzuführen!

Die Parlamentarische Staatssekretärin des Finanzministeriums Christine Lambrecht bekräftigt in ihrer Antwort, dass die Bundesregierung kontinuierlich im Austausch mit anderen Staaten zum Thema CO2-Bepreisung steht und andere Länder sogar bei der Entwicklung und Implementierung von CO2-Preisen und Abgaben unterstützt. Wir fordern eine Entlastung der Bürger, statt diese mit der Einführung einer neuen CO2-Steuer zusätzlich zur Kasse zu bitten. Noch nie war die Steuerlast höher. Eine solche Steuer, die auch aus der Kampagne

„Fridays-for-Future“ erwachsen ist, wäre ein weiterer Schritt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft.

Besonders pikant ist jedoch, dass die Bundesregierung sich auch in die Regierungsgeschicke anderer Länder einmischt und das ohne jegliches Mandat. Frei nach dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ sollen auch auf Kosten des deutschen Steuerzahlers Maßnahmen ergriffen werden, um ein Gespenst zu jagen, welches außer Greta noch niemand zu Gesicht bekommen hat. Die schwedische Seherin, der eine Ehrendoktorwürde verliehen werden soll und die für den Friedensnobelpreis nominiert ist, pilgert als Neuheilige durch die halbe Welt und verkündet die Lösung für ein Problem, welches noch nicht einmal wissenschaftlich fundiert belegt werden konnte. Keine Regierung breitet ihr so gerne den roten Teppich aus, wie die Bundesregierung.

Ihr Johannes Huber



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Ordentliches Mitglied

- **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**
- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

 rainer.kraft@bundestag.de

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr_Rainer_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 www.rainer-kraft-mdb.de



High Level Political Forum 2019 in New York

Von 14. Bis 18. Juli hatte ich die Gelegenheit, als Vertreter der AfD, das High Level Political Forum zur globalen Nachhaltigkeit der UNO zu besuchen. Die Grundzüge des Forums sind in der Agenda 2030 der UNO festgelegt, diese ist auch von Deutschland ratifiziert. Kurz gesagt handelt es sich um 17 Ziele von denen die Weltgemeinschaft ausgeht, dass es zum Wohle aller ist, wenn diese global umgesetzt werden. U.a. geht es um weniger Armut, keinen Hunger, bessere Gesundheit, saubere(s) Luft, Wasser und Land, preiswerte Energie, funktionelle staatliche Strukturen etc. Das jährlich stattfindende Forum dient daher auch dem gegenseitigen Austausch wie und in welcher Form man den Zielen näherkommt. Zu diesem Zweck stellen viele Nationen auch in New York ihren derzeitigen Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in sog. VNRs (voluntary national report) im Plenum vor.

Abseits des Plenums ist die berühmte Meute der gutmenschlichen Zivilgesellschaften unterwegs um in Nebenveranstaltungen die eigenen Interessen kundzutun und durch entsprechendes ‚framing‘ zu vermarkten.

Die deutsche Position zentriert sich auf den Klimaschutz oder was die Bundesregierung dafür hält. Das nimmt stellenweise ungesunde Züge an, wenn alles und jedes mit Klimaschutz vermennt wird. So werden Armut, Hunger und die fehlende Gleichberechtigung der Frau nicht einzeln, sondern immer nur im Zusammenhang mit Klimaschutz erwähnt. Ohne Klimaschutz wird nichts mehr gemacht oder initiiert und offensichtlich hat die Bundesregierung kein dezidiertes Interesse an der Bekämpfung von Hunger und Armut, wenn es nicht mit gleichzeitigen Klimaschutzmaßnahmen einhergeht.

Auch bei der Bekämpfung von Ungleichheit wandelt die Bundesregierung auf (sozialistischen) Abwegen. Der Fokus liegt nicht bei den Armen, sondern den Reichen. Ungleichheit soll bekämpft werden. Aber nicht dadurch, dass man den Armen hilft aufzuschließen, sondern durch Verhinderung von Leuten die reich sind. Das macht zwar die Leute gleicher, aber eben gleich arm und nicht gleicher im Wohlstand wie es von der Agenda 2030 eigentlich vorgesehen ist.

Mittelstand endlich entlasten!

Die Politik der amtierenden Regierung fördert die Leistungsunwilligen und bestraft die Leistungswilligen mit immer neuen Abschlügen, Steuern, Vorgaben, Auflagen, Verboten und Gesetzen.

Anstatt die Säule unserer Wirtschaft, den deutschen Mittelstand, zu stärken, steuerlich zu entlasten und eine Entbürokratisierung voranzutreiben, werden gerade hier die Hürden immer höher.

Schwer und hart arbeitende Handwerker, ein zuverlässiger Dienstleister, ein sich abrackender Facharbeiter oder ein durch Bürokratie geängelter Landwirt müssen nach einem arbeitsreichen Tagwerk noch die Stunden ihrer freien Zeit nutzen, um sinnlose Formulare auszufüllen, anstatt sich endlich dem verdienten Feierabend hingeben zu können.

Das Credo, „wer mehr arbeitet, wer härter arbeitet – es sind alle Arten wertschöpfender und sozialer Arbeiten gemeint - muss auch entsprechend mehr verdienen“, wird durch die aktuelle Politik der Bundesregierung und der EU konterkariert! Leistungsbereite werden in ihren Tätigkeiten fundamental behindert, Leistungsunwillige mit immer neuen Unter-

stützungen in ihrem Nichtstun gefördert. Internationale Großkonzerne und abhängige politische Erfüllungsgehilfen, welche durch Gesetzeslücken und Regierungsvorgaben wie Feudalherren im Mittelalter handeln - ich nenne unsere real existierende Wirtschaftsordnung deshalb auch „Neo-Feudalismus“ - drücken den Mittelstand gemeinsam an die Wand und machen diesen nach und nach immer handlungsunfähiger und vor allem krisenanfälliger.

Echte Wissenschaft und Forschung werden in unserem Land zusehends an die Wand gefahren. Unterstützung und Forschungsgelder bekommen zunehmend diejenigen „Studien- und Forschungsgebiete“, welche sich mit unwissenschaftlichem Pseudo-Blabla-Blödsinn beschäftigen.

Unsere Zukunft kann allerdings nur in einer von überbordender Bürokratie befreiten Umgebung, durch echte Fach- und Ausbildungen nicht nur an Hochschulen, sondern vor allem in handwerklichen Betrieben gewährleistet werden.

Hans-Jörg Müller, MdB Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Bundeswehreinsätze in Mali

»Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«, sagte Peter Struck 2002 zur Legitimation des Afghanistaneinsatzes. Gemäß Tagesschau vom 7. Oktober heißt es heute, die Stabilität Malis entscheide »über die Sicherheitslage in Europa und damit über die Sicherheitslage in Deutschland«. Die Intention ist gleich. Vergleichbar ist auch der bisherige Erfolg der beiden Missionen EUTM Mali und MINUSMA, an denen sich Deutschland mit maximal 350 bzw. 1.100 Soldaten beteiligt: Die Sicherheitslage hat sich stetig verschlechtert. Ich konnte mir in Mali einen Überblick über die Situation und die Aufgaben unserer Soldaten verschaffen. Der Eindruck, den ich in Vorbereitung meiner Rede zur Mission EUTM Mali am 9. Mai gewonnen habe, hat sich bestätigt. Man lobt die Soldaten für ihren Einsatz, kann den Sinn des Einsatzes aber nur mit abstrakten Floskeln wie »Deutschlands Verantwortung

in der Welt« erklären. Es gibt folglich kein klares Ziel und keine Methode, dieses Ziel zu erreichen. Man will einfach nur »dabei sein«, wenn die »Armee der Europäer« am Entstehen sei. Eine Erfolgskontrolle gibt es nicht. Dafür arbeitet man aber mit autoritären Regimen in einem politischen Umfeld zusammen, das nicht zuletzt durch die Ausschaltung des Gaddafi-Regimes im Zuge des medial umjubelten »Arabischen Frühlings« destabilisiert worden ist, wodurch dem Islamismus das Tor geöffnet wurde.

Wer Deutschland grenzenlose Verantwortung aufbürdet, der handelt grenzenlos verantwortungslos. Werden auch künftig keine erreichbaren Ziele vorgegeben, muss der Einsatz beendet werden. Wir wollen keine Afghanistanisierung Malis! Das Leben deutscher Soldaten ist uns zu wertvoll, um es auf dem Altar französischer Interessen zu opfern.

Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss

 [/gerold.otten/](https://www.instagram.com/gerold.otten/)

 [@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

 [/gerold.otten.3](https://www.facebook.com/gerold.otten.3)

Web: www.geroldotten.de

Mercosur

Stolz verkündet die EU endlich das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten geschlossen zu haben. Aber was bedeutet es eigentlich für uns, unsere Landwirte und unsere Lebensmittel?

Zunächst sei einmal gesagt, dass zu den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gehören. Sie zeichnen sich vor allem durch günstige Lebensmittelproduktion aus woran ein Großteil ihrer Wirtschaft hängt. Welche Vorteile verspricht sich Deutschland durch das Abkommen? Man hofft, für sich neue Märkte zu erschließen, um z.B. Autos und andere Industriegüter zu verkaufen.

Da die südamerikanischen Staaten außer landwirtschaftlichen Erzeugnissen nichts Nennenswertes exportieren können, hat man ihnen nun die Öffnung des Agrarmarktes zugesichert.

Ein sprichwörtlicher "Kuhhandel". Aber warum musste es nach 20 Jahren Verhandlungen nun plötzlich so schnell gehen? Liegt es vielleicht daran, dass die

Autoindustrie vor Ort an die Wand gefahren wird und sie schnell neue Absatzmärkte braucht? Das wäre doch ziemlich verlogen, denn hier vor Ort gängelt man die Autobauer wegen Umweltstandards, die in Südamerika mit Sicherheit nicht eingehalten werden. Dafür war man bereit, unsere heimische Landwirtschaft zu opfern. Denn in den Mercosur-Staaten gelten völlig andere Standards, oder sie fehlen schlichtweg.

Somit kann unser heimischer Landwirt schlecht mit den Überseebauern konkurrieren. Die EU gibt vor, dieselben Standards von den Agrarbauern zu fordern, aber in der Praxis wird es an nationalen Strukturen scheitern. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen: Entweder man befreit unsere Landwirte vor überbordende Standards, oder man verschließt den Agrarmarkt. Alles andere ist im höchsten Maße unverantwortlich gegenüber unserer traditionsreichen, heimischen Landwirtschaft.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Pkw-Maut: Volle Bauchlandung für die CSU

Bundesverkehrsminister Scheuer hat einen schweren Stand, seit der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Pläne zur deutschen Pkw-Maut (offiziell: „Infrastrukturabgabe“) für unzulässig erklärt hat.

Das EuGH-Urteil selbst ist aber auch ein Zeichen dafür, wie der Spielraum der Nationalstaaten in der EU über Gebühr immer weiter eingeschränkt wird. So gilt es nun als Diskriminierung der ausländischen Autofahrer, wenn Deutschland als Ausgleich für eine neue Pkw-Maut die Kfz-Steuer senkt. Das war der Plan. Absurd: die rund 20 EU-Staaten, in denen Autofahrer auf Autobahnen längst schon Maut zahlen, haben natürlich ihr Steuersystem seit Jahrzehnten entsprechend austariert, um „ihre“ Autofahrer nicht zu überlasten. Deutschland als Nachzügler darf das nun nicht!

Auch wer die Maut gar nicht will, wird dieses Urteil für übergriffig halten. Andererseits muss man die Taktik von Regierung und Koalition als unglaublich naiv betrachten, die Maut und die Entlastung exakt gleichzeitig einzuführen und sich damit derart angreifbar zu machen.

Vollständig wird das Desaster dadurch, dass Scheuer schon über 70 Millionen Euro für die Einführung der Pkw-Maut ausgegeben hat, die jetzt wohl „für die Katz“ waren – plus Schadenersatzforderungen der ausführenden Firmen in unbekannter Höhe. Hätte er doch das Urteil abgewartet! Aber, so sagte er in einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 24. Juli, seine Experten hätten die Gefahr eines negativen EuGH-Urteils nur mit 15 Prozent angegeben. Falsch gewettet!

Jetzt droht den deutschen Autofahrern neues Ungemach: die Maut könnte doch noch kommen, aber ohne die ausgleichende Steuersenkung. Dann wird einmal mehr abkassiert! Der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, hat sich bereits für eine allgemeine Pkw-Maut ausgesprochen – dafür muss jetzt das Standard-Argument aller modernen Wegelagerer herhalten: das Klima!

Wer auch immer in der Bundesregierung das aufgreifen mag, muss mit dem heftigen Widerspruch der AfD gegen steigende Steuern und Abgaben rechnen!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f [/W.wiehle](https://www.facebook.com/W.wiehle)

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**